

Der US-Autor David Vine hat untersucht, warum sich US-Militärbasen häufig in Staaten befinden, die von Diktatoren und Militärs beherrscht werden und warum sie bestehende undemokratische Verhältnisse stabilisieren.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 090/17 – 05.06.17

Tomgram: David Vine, Demokratie ist im Basen-Imperium der USA nicht gefragt

TomDispatch.com, 16.05.17

(<http://www.tomdispatch.com/blog/176281>)

Die von den USA im 21. Jahrhundert geführten Kriege sind nicht sonderlich erfolgreich. Wie haben es die Briten nur geschafft, ihr Empire (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Britisches_Weltreich) so viele Jahre mit so wenigen Truppen zusammenzuhalten? Nehmen wir Afghanistan als Beispiel. Gerade sind Pläne durchgesickert, dass Washington den Krieg in diesem Land auch im 16. Jahr fortsetzen will [weitere Infos dazu unter https://www.washingtonpost.com/world/national-security/us-poised-to-expand-military-effort-against-taliban-in-afghanistan/2017/05/08/356c4930-33fa-11e7-b412-62beef8121f7_story.html?utm_term=.993cdda0d6d0]. Nach Medienberichten sind diese Pläne sogar schon auf dem Schreibtisch des Präsidenten Trump gelandet – begeistert befürwortet von seinem Nationalen Sicherheitsberater General H. R. McMaster (weitere Infos dazu unter https://de.wikipedia.org/wiki/H._R._McMaster), dem Pentagon, den Geheimdiensten und General John Nicholson (s. https://de.wikipedia.org/wiki/John_W._Nicholson_Jr.), dem Kommandeur der Truppen der USA (und der NATO) in Afghanistan. Widerstand dagegen scheint sich nur in der Bannon-Fraktion (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Stephen_Bannon) der US-Regierung zu regen [s. <http://news.antiwar.com/2017/05/11/trump-given-option-for-less-kinetic-military-strategy-in-afghanistan/>]. Die Pläne sehen wohl vor, mehr normale US-Truppen und Special Operations Forces (US-Spezialkräfte, s. dazu auch https://en.wikipedia.org/wiki/United_States_special_operations_forces) in den Kampf (mit den Taliban) zu schicken und diese auch wieder stärker von den US-Luftstreitkräften bekämpfen zu lassen [s. <http://www.cbsnews.com/news/us-afghanistan-troop-levels-role/>] – also den 15-jährigen Krieg in Afghanistan erneut anzuzünden [weitere Infos dazu s. unter <http://www.tomdispatch.com/blog/176279/>]. Mit dieser "Mini-Surge" [s. unter <http://www.tomdispatch.com/blog/176252/> (sowie https://de.wikipedia.org/wiki/Krieg_in_Afghanistan_seit_2001 und <http://www.zeit.de/politik/ausland/2009-12/Afghanistankrieg-Obama.Strategie>) sollen das "Patt in Afghanistan" überwunden [weitere Infos dazu s. unter <https://www.nytimes.com/2017/05/08/us/politics/donald-trump-afghanistan-troops-taliban-stalemate.html>], die von den USA unterstützte afghanische Regierung gestärkt und "erfolgreiche Friedensverhandlungen" erzwungen werden. Diese Pläne beruhen außerdem auf der Annahme, dass der afghanische Präsident Aschraf Ghani (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Aschraf_Ghani) dazu fähig ist, die Korruption auszumerzen und unfähige Kommandeure aus seinem Militär zu entfernen.

Man könnte auf die Idee kommen, die "Strategen", die sich diese Pläne ausgedacht haben, hätten die letzten 15 Jahre auf einem anderen Planeten gelebt. Der Präsident, dem sie vorgelegt wurden [s. <http://www.politico.com/story/2017/05/09/trump-afghanistan-troops-taliban-238179>], hat nämlich 2013 noch getwittert: "Wir haben in Afghanistan eine Menge Blut und Geld vergeudet. Die afghanische Regierung hat keinerlei Unterstützung in der Bevölkerung. Wir sollten schleunigst abziehen!" [s. <https://twitter.com/realDonaldTrump/status/403615352338128896>] Dabei waren die Generäle, die diese Pläne ent-

wickelt haben, maßgeblich an allen US-Kriegen beteiligt, die in den letzten Jahren im Mittleren Osten und anderswo geführt wurden. Und da man sich kaum vorstellen kann, dass sie es darauf anlegen, erneut zu scheitern, bleibt nur die Erklärung, dass sie so auf ihre falsche Strategie fixiert sind, dass ihnen keine andere einfällt. Mit anderen Worten, wenn die neue US-Regierung auf diese hirntoten Strategen hört, wird auch sie in Afghanistan scheitern.

Angesichts dieser katastrophalen "Planung", die leider typisch für den gesamten von Washington ausgerufenen "Krieg gegen den Terror" ist, scheinen die USA nur noch in dem Bereich "Militärbasen im Ausland" weltweit führend zu sein. Wie der regelmäßig für Tom-Dispatch schreibende Autor David Vine in seinem wichtigen Buch "Base Nation: How U.S. Military Bases Abroad Harm America and the World" [Der Staat der Basen: Wie die US-Militärbasen im Ausland die USA und die Welt zugrunde richten, s. http://www.tomdispatch.com/blog/176043/tomgram%3A_david_vine_our_base_nation/ (und <http://americanempireproject.com/base-nation/>)] herausgefunden hat, sind US-Militärbasen in so großer Anzahl über den ganzen Globus verteilt, dass kein Konkurrent auch nur annähernd mithalten kann. Die "aufsteigende Großmacht" China baut zum Beispiel gerade ihre erste Basis außerhalb ihres eigenen Territoriums – in dem kleinen afrikanischen Staat Dschibuti, nur wenige Meilen von einer großen US-Basis entfernt, während die USA weltweit insgesamt rund 800 Militärbasen betreiben [weitere Informationen dazu s. unter <https://www.nytimes.com/2017/02/25/world/africa/us-djibouti-chinese-naval-base.html> (und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP15013_071013.pdf)]. Großbritannien und Frankreich [s. https://en.wikipedia.org/wiki/Overseas_military_bases_of_France] haben beide einige Militärbasen in ehemaligen Kolonien behalten, und die Russen haben nur wenige mehr als eine Handvoll [s. https://en.wikipedia.org/wiki/List_of_Russian_military_bases_abroad] – davon zwei besonders aktive in Syrien – und bauen gerade eine weitere auf ihrem eigenen Territorium in der Nähe des Nördlichen Polarkreises [weitere Informationen dazu unter <http://www.foxnews.com/world/2017/04/20/new-cold-war-in-arctic-russia-unveils-virtual-tour-new-military-base.html>]. Obwohl das erst ihre zweite im langsam eisfrei werdenden hohen Norden ist, hat Washington bereits Alarm geschlagen. US-Verteidigungsminister James Mattis hat schon in seinen Bestätigungsanhörungen getönt: "Die USA müssen sicherstellen, dass Russland nicht auf die Idee kommt, den gesamten Norden beherrschen zu wollen." [s. dazu auch <http://www.cbsnews.com/news/russia-arctic-military-base-trefoil-vladimir-putin/>]

Die Errichtung von Militärbasen im Ausland, die es ermöglichen, den ganzen Planeten Erde zu kontrollieren, ist eine Erfolgsstory, die seltsamerweise in den Mainstream-Medien kaum Beachtung findet. Deshalb ist so wichtig, in Momenten wie diesem David Vine zur Hand zu haben. – Tom

Fünfundvierzig Anschläge auf die Demokratie

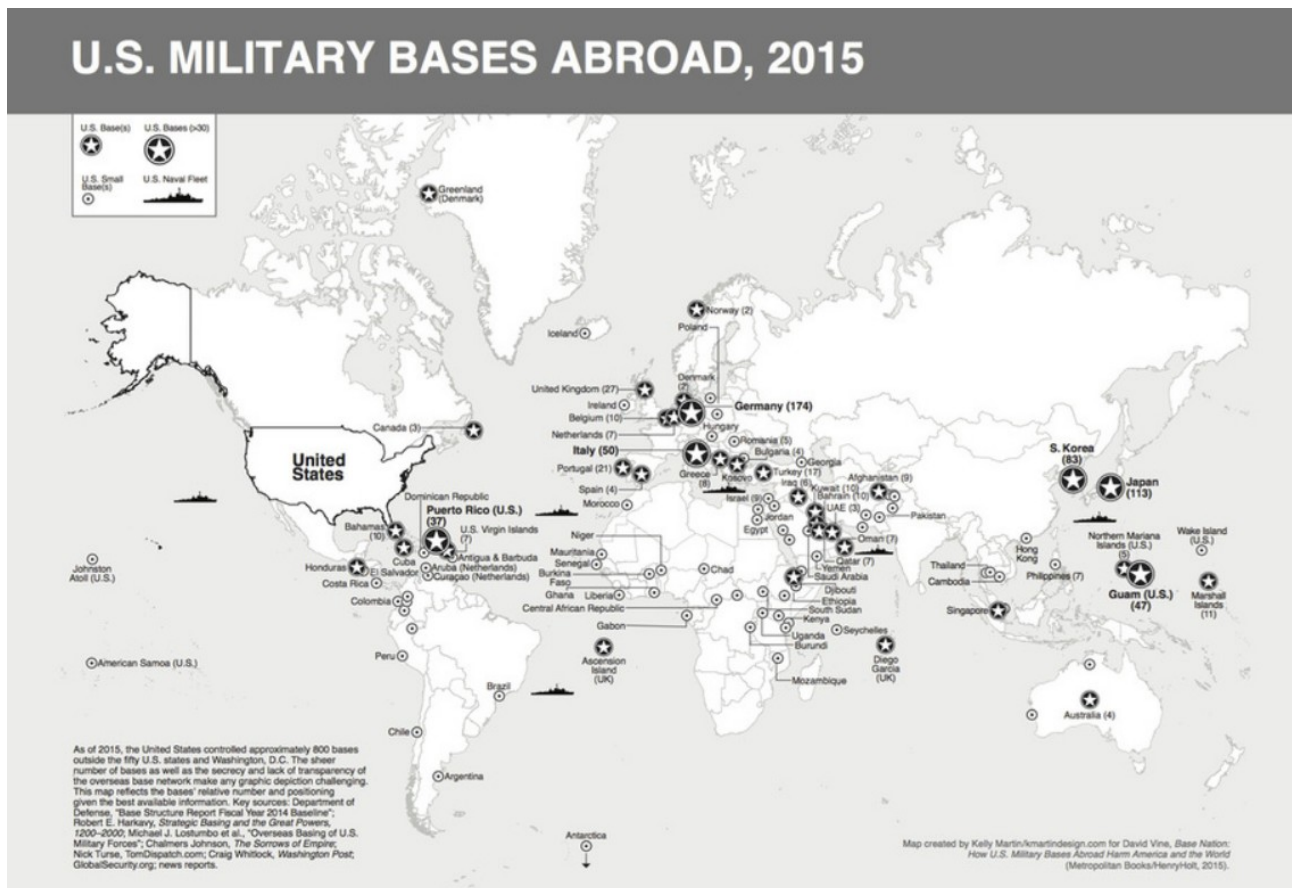
Wie US-Militärbasen Diktatoren, Autokraten und Militärregime an der Macht halten

Von David Vine, 16.05.17

Dass Rodrigo Duterte, der Präsident der Philippinen [s. dazu auch <https://www.nytimes.com/2017/04/30/us/politics/trump-invites-rodrigo-duterte-to-the-white-house.html>], der in seinem "Krieg gegen Drogen" Tausende wegen des Verdachts auf Drogenhandel ohne Gerichtsverfahren hinrichten ließ [s. <https://www.hrw.org/report/2017/03/01/license-kill/philippine-police-killings-dutertes-war-drugs> und <https://www.hrw.org/news/2017/03/09/killing-and-lies-philippine-president-dutertes-war-drugs-exposed>], von Donald Trump ins Weiße Haus eingeladen wurde, hat große Empörung hervorgerufen. Trump wurde auch wegen seiner öffentlichen Unterstützung für andere autoritäre Präsidenten heftig kritisiert. Dem Ägypter Abdel Fatah al-Sisi hat er vor einigen Wochen bei dessen Besuch im Oval Office großes Lob ausgesprochen [s. unter <https://www.washingtonpost.com/politics/trump-wel->

[comes-egypts-sissi-to-white-house-in-reversal-of-us-policy/2017/04/03/36b5e312-188b-11e7-bcc2-7d1a0973e7b2_story.html?utm_term=.547474f1bd68](https://www.theguardian.com/us-news/2017/apr/17/donald-trump-erdogan-turkey-referendum-congratulations)]. Den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan hat er nach dessen Sieg in einem Referendum, der ihm fast unbegrenzte Macht verschaffte, telefonisch beglückwünscht [[. https://www.theguardian.com/us-news/2017/apr/17/donald-trump-erdogan-turkey-referendum-congratulations](https://www.theguardian.com/us-news/2017/apr/17/donald-trump-erdogan-turkey-referendum-congratulations)] und den an die Macht geputschten thailändischen Regierungschef Prayuth Chan-o-cha (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Prayut_Chan-o-cha) hat er auch eingeladen.

Seltsam ist, dass die Kritiker die langjährige, enge Zusammenarbeit von US-Präsidenten aus beiden Parteien mit den genannten und vielen anderen repressiven Regimen völlig verdrängt haben. All diese autokratisch regierten Staaten haben eins gemeinsam: Sie gehören zu den mindestens 45 aller anderen als demokratischen Staaten [s. <https://www.amazon.com/dp/1627791698/ref=nosim/?tag=tomdispatch-20>], in denen sich häufig sogar mehrere US-Militärbasen befinden – von der Größe US-amerikanischer Kleinstädte bis zu winzigen Vorposten. Insgesamt sind auf diesen Basen Zehntausende von US-Soldaten stationiert.



(Diese und weitere Grafiken sind aufzurufen unter <http://www.basestation.us/maps.html> .)

Um sich (die Errichtung und) den Zugang zu US-Militärbasen von Mittelamerika bis Afrika und von Asien bis in den Mittleren Osten zu sichern, haben US-Regierungen immer wieder mit total demokratiefeindlichen Diktatoren und Militärs kollaboriert, von denen bekannt war, dass sie foltern und morden ließen, demokratische Rechte verweigerten, Frauen und Minderheiten systematisch unterdrückten und zahlreiche andere Menschenrechtsverletzungen begingen. Verglichen damit haben die jüngsten Einladungen und öffentlichen Lobhudeleien Trumps nur geringe Bedeutung. Während nahezu drei Vierteln eines Jahrhunderts haben die USA viele Milliarden Dollars in solche repressiven Staaten investiert, um ihre dort befindlichen Basen und Truppen abzusichern. Seit dem Zweiten Weltkrieg – von Harry Truman und Dwight D. Eisenhower bis zu George W. Bush und Barack Obama – haben

republikanische und demokratische Regierungen US-Militärbasen bevorzugt in undemokratischen und häufig von Despoten regierten Staaten eingerichtet und betrieben – in Spanien unter Generalissimus Francisco Franco (weitere Infos s. unter https://de.wikipedia.org/wiki/Francisco_Franco), in Südkorea unter Park Chung-hee (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Park_Chung-hee), in Bahrain unter König Hamad Isa Al Chalifa (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Hamad_bin_Isa_Al_Chalifa) und in Dschibuti unter dem viermaligen Präsidenten Ismail Omar Guelleh (s. dazu auch https://de.wikipedia.org/wiki/Ismail_Omar_Guelleh) – um nur vier zu nennen [weitere Infos dazu s. unter <https://www.amazon.com/dp/0691134634/ref=nosim/?tag=tomdispatch-20>].

Viele der 45 undemokratischen Staaten, in denen sich derzeit US-Militärbasen befinden, werden im Demokratie-Index der britischen Wochenzeitung *The Economist* [s. <http://www.economist.com/blogs/graphicdetail/2017/01/daily-chart-20>] als äußerst "autoritäre Regime" eingestuft. US-Militärbasen und US-Truppen tragen dazu bei, die Ausbreitung der Demokratie in Staaten wie Kamerun, dem Tschad, Äthiopien, Jordanien, Kuwait, Ni-ger, Oman, Katar, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten zu blockieren.

Die rund um die Welt von den US-Militärbasen ausgehende Unterstützung von Zwangsherrschaft und Unterdrückung sollte in einem Staat, der vorgibt, die Demokratie verbreiten zu wollen, als politischer Skandal empfunden werden. Religiöse Konservative, Liberale, Linke und alle US-Bürger, die sich den in der US-Verfassung [s. dazu auch <https://www.archives.gov/founding-docs/constitution-transcript>] und in der Unabhängigkeitserklärung [s. <https://www.archives.gov/founding-docs/declaration-transcript>] niedergeschriebenen demokratischen Prinzipien verpflichtet fühlen, müssten eigentlich geschlossen dagegen aufstehen. Denn die wichtigste, immer wieder vorgebrachte Rechtfertigung für die im Ausland unterhaltenen US-Militärbasen ist bis heute, die dort stationierten US-Soldaten würden die Demokratie bringen und schützen.

Die US-Militärbasen im Ausland sind jedoch weit davon entfernt, Horte der Demokratie zu sein. Das genaue Gegenteil trifft zu, denn sie stützen undemokratische Regime jeder Art und verleihen ihnen auch noch den Anschein von Legitimität. [Weitere Infos dazu liefert Alexander Cooley in seinem Buch "Base Politics", zu beziehen über https://www.amazon.de/Base-Politics-Democratic-Military-Overseas-ebook/dp/B008Z1CH2U/ref=sr_1_1?ie=UTF8&qid=1495441701&sr=8-1&keywords=Base+Politics] Häufig sind die US-Truppen in den Basen aktiv an der Unterdrückung politischer und demokratischer Reformbestrebungen beteiligt. Bei der Ausschaltung der Kritiker von Menschenrechtsverletzungen in Bahrain, dessen Regierung seit 2011 Demonstrationen für mehr Demokratie gewaltsam niederschlägt, haben sich die USA sogar zum Komplizen gemacht (weitere Infos dazu s. unter https://www.washingtonpost.com/opinions/global-opinions/the-obama-administration-rewards-repression-in-bahrain/2016/10/26/b21c4e58-9ae9-11e6-9980-50913d68eacb_story.html?utm_term=.f353b3e0375b).

Während des Kalten Krieges wurden Basen in undemokratischen Ländern häufig damit gerechtfertigt, dass sie zur Bekämpfung der von der Sowjetunion ausgehenden "kommunistischen Bedrohung" unverzichtbar seien. Seltsam ist dann allerdings, dass bisher nur wenige dieser Basen geschlossen wurden, obwohl der Kalte Krieg mit dem Zerfall des sowjetischen Imperiums schon vor mehr als 25 Jahren endete. Da die jüngsten Besuche von Autokraten im Weißen Haus so viel Empörung hervorgerufen haben, ist es mehr als verwunderlich, dass die US-Militärbasen in Diktaturen und von Militärs beherrschten Staaten kaum Aufmerksamkeit erregen. [s. <http://www.basestation.us/maps.html>]

Freundschaft mit Diktatoren

Die 45 Länder und Territorien in denen keine oder nur sehr wenige demokratische Spiel-

regeln gelten, machen mehr als die Hälfte der rund 80 Staaten aus, in denen sich – oft genug ohne deren Einverständnis – US-Militärbasen befinden [s. <http://investigativereporting-workshop.org/investigations/lily-pads/story/lily-pads/>]. Sie sind Teil eines in der Geschichte beispiellosen globalen Netzes militärischer Anlagen, das die USA seit dem Zweiten Weltkrieg in Besitz genommen oder errichtet haben.

Es gibt keine Militärbasen ausländischer Staaten in den USA, aber rund 800 US-Militärbasen in fremden Ländern [s. <http://www.politico.com/magazine/story/2015/06/us-military-bases-around-the-world-119321>]. Vor einiger Zeit waren es sogar noch mehr, aber auch jetzt dürfte es noch die größte Anzahl von Militärbasen sein, die ein Staat jemals auf fremdem Territorium betrieben hat. **Mehr als 70 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und 64 Jahre nach dem Koreakrieg gibt es nach Angaben des Pentagons in Deutschland noch 181 US-Basen (das sind weltweit die meisten auf dem Territorium eines anderen Staates)**, in Japan noch 122 US-Basen und in Südkorea noch 83 US-Basen. Einige hundert weitere Basen sind über unseren ganzen Planeten verstreut [s. <http://www.acq.osd.mil/eie/Downloads/BSI/Base%20Structure%20Report%20FY15.pdf>] – von Aruba (s. unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Aruba>) bis Australien, von Belgien bis Bulgarien und von Kolumbien bis Katar [s. <http://empire.is/>]. Hunderttausende von Soldaten, Zivilbeschäftigten und Familienangehörigen aus den USA bevölkern diese Militärbasen. Nach meiner zurückhaltenden Schätzung kostet der Unterhalt dieser Basen den US-Steuerzahler jährlich mindestens 150 Milliarden Dollar, und schon dieser Teilhaushalt des Pentagons ist höher als der Gesamthaushalt jeder anderen US-Behörde.

Seit Jahrzehnten behauptet die Regierung in Washington, dass über die US-Militärbasen im Ausland unsere Werte und die Demokratie verbreitet werden; das mag (in den ersten Jahren) nach dem Zweiten Weltkrieg für die besetzten Länder Deutschland, Italien und Japan wahr gewesen sein. Nach Feststellungen der Basen-Expertin Catherine Lutz [s. <https://www.amazon.com/dp/0814752446/ref=nosim/?tag=tomdispatch-20>] erfolgte "die Errichtung und das Betreiben von US-Militärbasen aber häufig in enger Kollaboration mit despotischen Regierungen".

Die Basen in den Staaten, deren Präsidenten Trump kürzlich eingeladen oder gelobt hat, belegen diese Aussage. Auf den Philippinen unterhalten die USA seit 1898, als den Spaniern diese Inseln weggenommen und sie zur US-Kolonie wurden, fast ununterbrochen Militärbasen. Die Philippinen wurden zwar 1946 in die Unabhängigkeit entlassen, aber nur unter der Bedingung, dass die USA weiterhin den Zugang zu mehr als einem Dutzend ihrer Militärbasen behalten konnten [s. <https://www.loc.gov/law/help/us-treaties/bevans/b-phust000011-0084.pdf>).

Nach der Entlassung in die Unabhängigkeit haben verschiedene US-Regierungen zwei Jahrzehnte lang den autokratisch herrschenden Ferdinand Marcos (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Ferdinand_Marcos) unterstützt, um die Clark Air Base und die Marine-Basis in der Subic Bay, zwei der größten US-Basen im Ausland, weiterhin benutzen zu können. Weil es der philippinischen Bevölkerung 1986 endlich gelang, Marcos zu vertreiben, mussten 1991 auch die US-Streitkräfte abziehen. Aber schon 1996 kehrte das Pentagon ohne großes Aufsehen wieder zurück. Mit Hilfe einer "Besuchserlaubnis" und einer ständig wachsenden Anzahl von Militärmanövern begann man klammheimlich wieder kleinere Basen zu errichten [s. dazu auch <http://www.reuters.com/article/us-philippines-usa-idUSBREA2D0GE20140314> und <http://uk.reuters.com/article/uk-southchinasea-philippines-carter-idUKKCN0XB0T7>]. Das Bestreben, die erneute US-Militärpräsenz zu festigen und den wachsenden Einfluss Chinas zurückzudrängen, war sicher auch Trumps Hauptgrund für die Einladung Duterte ins Weiße Haus. Die erfolgte, obwohl sich der philippinische Präsident über Vergewaltigungen lustig gemacht und geäußert hatte, er würde gern Millionen

Rauschgiftsüchtige massakrieren – "wie Hitler die Juden", ohne sich um irgendwelche Menschenrechte zu scheren [s. <http://www.bbc.com/news/world-asia-36251094>].

In der Türkei ist die immer autokratischer auftretende Regierung des Präsidenten Erdogan nur die letzte Episode in einer ganzen Reihe von Militärputschen und undemokratischen Regimen, die von kurzen demokratischen Perioden unterbrochen wurden. Seit 1943 gibt es auch US-Militärbasen in diesem Land (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Milit%C3%A4rputsch_in_der_T%C3%BCrkei). Sie haben schon wiederholt Kontroversen und Proteste ausgelöst – in den 1960er und 1970er Jahren, 2003, als Bush die Invasion des Iraks anordnete und zuletzt beim Eingreifen der US-Streitkräfte in Syrien [s. dazu auch <https://www.amazon.com/dp/1316643506/ref=nosim/?tag=tomdispatch-20>].

Obwohl die US-Militärpräsenz in Ägypten relativ gering ist, unterhält das ägyptische Militär seit der Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens mit Israel im Jahr 1979 (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Camp-David-Abkommen>) enge und sehr lukrative Beziehungen zu den US-Streitkräften. Als 2013 eine demokratisch gewählte, von der Muslimbruderschaft (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Muslimbr%C3%BCder>) gestellte Regierung durch einen Militärputsch gestürzt wurde, ließ sich die Obama-Regierung monatelang Zeit, bis sie die Militär- und Wirtschaftshilfe für das Land leicht kürzte – obwohl die ägyptischen Sicherheitskräfte mehr als 1.300 Muslimbrüder umbrachten und mehr als 3.500 einsperrten [s. <https://www.nytimes.com/2017/02/26/world/middleeast/trump-al-sisi-egypt-military-exercise.html>]. Human Rights Watch stellt dazu fest: "Die USA haben kaum etwas zu den Menschenrechtsverletzungen gesagt, die bis heute andauern." [s. dazu auch <https://www.hrw.org/world-report/2014/country-chapters/egypt>].

Die USA unterhalten auch sehr enge Beziehungen zum Militär Thailands, obwohl das seit 1932 insgesamt 12mal geputscht hat [s. https://www.washingtonpost.com/news/world-views/wp/2014/05/20/thailands-army-says-this-definitely-isnt-a-coup-heres-11-times-it-definitely-was/?utm_term=.5d310bc0520f]. Beide Staaten können aber jede militärische Zusammenarbeit abstreiten, weil die US-Streitkräfte die Nutzung der U-Tapao Naval Air Base (s. https://en.wikipedia.org/wiki/U-Tapao_Royal_Thai_Navy_Airfield) mit einer Privatfirma ausgehandelt haben. Der Journalist Robert Kaplan schrieb dazu: "Wegen des Vertrages mit der Firma Delta-Golf Global können die US-Streitkräfte behaupten, sie würden keine Geschäfte mit der thailändischen Regierung machen." [s. <https://www.amazon.com/Hog-Pilots-Blue-Water-Grunts/dp/1400034582>]

In anderen undemokratischen Staaten läuft es ganz ähnlich. In Bahrain ist das US-Militär seit 1949 präsent, und jetzt ist dort sogar die 5. Flotte der U.S. Navy stationiert (s. https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Navy#F.C3.BCnfte_Flotte.2C_Naher_Osten). Die Obama-Regierung hat nur sehr leise Kritik an der gewaltsamen Verfolgung demokratischer Proteste geübt [s. dazu auch http://www.tomdispatch.com/post/175479/tomgram%3A_nick_turse_did_the_pentagon_help_strangle_the_arab_spring/]. Nach Angaben von Human Rights Watch [s. <https://www.hrw.org/world-report/2017/country-chapters/bahrain>] und einer unabhängigen Untersuchungskommission, die Hamad Isa al-Khalifa, der König von Bahrain eingesetzt hat [s. dazu auch https://en.wikipedia.org/wiki/Bahrain_Independent_Commission_of_Inquiry], ist die Regierung des Landes für viele Menschenrechtsverletzungen wie die Inhaftierung von Demonstranten, die Misshandlung, Folterung und Tötung von Gefangenen und die Einschränkung der Rede- und Versammlungsfreiheit verantwortlich [s. <https://www.hrw.org/news/2017/01/12/bahrain-accelerated-repression-jeopardizes-activists>]. Auch die Trump-Regierung hat bereits signalisiert, dass sie an einer engen Zusammenarbeit der Streitkräfte beider Staaten interessiert ist und den Verkauf von F-16-Kampffjets zugesagt – ohne eine Verbesserung der Menschenrechtssituation einzufordern [s. <https://www.bloomberg.com/politics/articles/2017-03-29/top-general-says-human-rights-shouldn-t-hold-up-u-s-arms-sales>].

Dieses Verhaltensmuster ist typisch für das gesamte US-Basen-Imperium, das der US-Experte Chalmer Johnson einmal die "Baseworld" der USA [s. http://www.tomdispatch.com/post/1181/chalmers_johnson_on_garrisoning_the_planet] genannt hat. Der politische Wissenschaftler Kent Calder hat dazu die "Diktatur-Hypothese" aufgestellt: "Die USA tendieren dazu, Diktaturen und andere undemokratische Regime zu unterstützen, wenn sie auf deren Territorium Militärbasen errichten können." [s. dazu auch <https://www.amazon.com/dp/0691134634/ref=nosim/?tag=tomdispatch-20>] Eine weitere groß angelegte Studie [der Bois State University, s. https://works.bepress.com/michael_aallen/1/] kommt zu ganz ähnlichen Ergebnissen: "Da sich der Ausgang von Wahlen nicht vorhersehen lässt, ist der Verbleib von US-Militärbasen in demokratische Staaten nicht so sicher wie in Diktaturen."

Sogar innerhalb der geografischen Grenzen der USA sind demokratische Verhältnisse bis ins 21. Jahrhundert oft "weniger attraktiv", als die Beibehaltung kolonialer Zustände. Die Errichtung von Militärbasen in Puerto Rico (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Puerto_Rico) und auf der Pazifikinsel Guam (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Guam>) war ein Hauptgrund dafür, diese und andere "US-Territorien" – die von den USA beanspruchten Teile Samoas (s. dazu auch <https://de.wikipedia.org/wiki/Amerikanisch-Samoa>), der Nördlichen Marianen-Inseln (s. unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Marianen>) und der Jungferninseln (s. unter <https://de.wikipedia.org/wiki/Jungferninseln>) – in unterschiedlichen Stufen kolonialer Unterordnung zu halten. Es hat sich für die Militärs als sehr nützlich erwiesen, diesen Territorien unter US-Verwaltung weder die volle Unabhängigkeit zu gewähren, noch sie zu US-Staaten mit allen demokratischen Rechten zu machen – einschließlich des Rechtes, den Kongress und den Präsidenten mitzuwählen. US-Militärbasen in mindestens fünf ehemaligen Kolonien europäischer Staaten haben sich ebenfalls als sehr attraktiv erwiesen – wie die Guantánamo Bay auf Kuba, die kurz nach dem Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898 (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Spanisch-Amerikanischer_Krieg) gewaltsam besetzt wurde.

Unterstützung für Diktatoren

Autoritäre Herrscher wissen, dass sie wegen der US-Militärbasen in ihrem Herrschaftsreich von US-Regierungen an der Macht gehalten werden. Viele bieten den USA sogar die Errichtung von Militärbasen regelrecht an, weil sie hoffen, damit ihr eigenes politisches Überleben sichern zu können [weitere Informationen dazu s. unter <http://journals.sagepub.com/doi/abs/10.1177/0022002716632300>].

Marcos von den Philippinen, der ehemalige südkoreanische Diktator Syngman Rhee (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Rhee_Syng-man) und Ismail Omar Guelleh, der Herrscher von Dschibuti [s. https://www.washingtonpost.com/politics/us-djibouti-reach-agreement-to-keep-counterterrorism-base-in-horn-of-africa-nation/2014/05/05/0965412c-d488-11e3-aae8-c2d44bd79778_story.html?utm_term=.ea28c73d9082], sind typische Beispiele für Diktatoren, die das Geld, das sie von den USA für die Zulassung von US-Militärbasen erhalten, zum Erkaufen politischer Macht verwenden. Andere erhoffen sich von US-Militärbasen mehr internationales Prestige oder freie Hand bei der Verfolgung politischer Gegner im eigenen Land. Nach dem Massaker von Kwangju, bei dem die südkoreanische Regierung 1980 Hunderte, wenn nicht sogar Tausende für mehr Demokratie Demonstrierende umbrachte, berief sich der Schlächter General Chun Doo-hwan ausdrücklich auf die US-Militärpräsenz und erklärte, er habe die volle Unterstützung Washingtons. Ob das tatsächlich zutrifft, ist unter Historikern umstritten. Klar ist jedoch, dass sich US-Regierungen regelmäßig mit Kritik an repressiven Regimen zurückhalten, um ihre Militärbasen in solchen Ländern nicht zu gefährden. Außerdem erhalten durch die Errichtung von US-Basen immer die Militärs und nicht die Zivilisten des jeweiligen Gastlandes Auftrieb, weil meistens auch Waffenverkäufe und die Durchführung gemeinsamer Manöver damit verbunden sind.

Inzwischen nutzen die Gegner repressiver Regime das Vorhandensein von US-Militärbasen immer häufiger als Werkzeug, um nationalistische Gefühle, und wütende Proteste sowohl gegen die herrschenden Eliten als auch gegen die USA zu schüren. Diese Proteste wecken dann in Washington die Befürchtung, demokratische Veränderungen in den betreffenden Ländern könnten zur Schließung der US-Militärbasen führen; deshalb werden die repressiven Regime oft noch stärker als vorher gestützt. Das kann bewirken, dass sich die Opposition gegen die US-Basen und die Unterstützung der Repression durch die USA gegenseitig eskalieren.

Rückwirkung

Während einige das Vorhandensein von US-Militärbasen in undemokratischen Staaten als notwendig verteidigen, weil damit angeblich "Schlimmeres verhütet" und die "Interessen der USA" – sprich der US-Konzerne – besser gewahrt werden können, sehen andere in der Unterstützung von Diktatoren und Autokraten vor allem Nachteile für die Bürger der Gastgeberländer und die US-Bürger. Die Errichtung zahlreicher US-Basen im Mittleren Osten [weitere Informationen dazu s. unter http://www.tomdispatch.com/blog/176090/tom-gram%3A_david_vine_enduring_bases_enduring_war_in_the_middle_east] liefert vor allem Argumente für die Kritiker. Seit der sowjetischen Invasion Afghanistans und der iranischen Revolution, die beide 1979 begannen, hat das Pentagon sehr viele Basen im gesamten Mittleren Osten errichtet und dafür mehrere Milliarden an Steuergeldern ausgegeben. Nach Meinung des Professors Bradley Bowman, der früher an der Militärakademie West Point lehrte, haben sich diese Basen und die darin stationierten US-Truppen als "Katalysatoren für den Antiamerikanismus und die Radikalisierung der einheimischen Bevölkerung" erwiesen. Seine Forschungen haben ergeben, dass Al-Qaida in der Nähe von US-Basen besonders viele Kämpfer rekrutieren konnte [s. https://csis-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/legacy_files/files/publication/twq08springbowman.pdf].

Katastrophale Folgen hatte die Errichtung von US-Vorposten in Saudi-Arabien, im Irak und in Afghanistan, weil sie maßgeblich dazu beigetragen haben, dass sich der Krieg auf den ganzen Mittleren Osten ausgeweitet und zu Terroranschlägen in Europa und in den USA selbst geführt hat. Das Vorhandensein von Basen und US-Truppen in dem Islam heiligen Ländern hat Al-Qaida die Rekrutierung erleichtert und Osama bin Laden zu den 9/11-Anschlägen motiviert [s. dazu auch <https://www.usnews.com/opinion/blogs/stephen-glain/2011/05/03/what-actually-motivated-osama-bin-laden>]. (Diese Ansicht teilen wir nicht, s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP07117_070517.pdf.)

Die Bemühungen der Trump-Regierung, durch das Hofieren des Herrn Duterte von den Philippinen und der autoritären Herrscher von Bahrain, Ägypten, Thailand und der Türkei die US-Militärpräsenz in diesen Staaten abzusichern, werden sehr wahrscheinlich in den kommenden Jahren weitere Menschenrechtsverletzungen und wachsende Brutalität im Basen-Imperium der USA zur Folge haben.

David Vine schreibt regelmäßig für TomDispatch und ist Privatdozent für Anthropologie an der American University in Washington. Sein letztes Buch hat den Titel "Base Nation (American Empire Project)", ist bei Metropolitan Books erschienen und über Amazon zu beziehen. Er hat für die New York Times, die Washington Post, den Guardian, den Blog Mother Jones und andere Publikationen geschrieben. Weitere Informationen finden sich unter www.basenation.us und www.davidvine.net.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen, Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Weitere Infos über ihn sind nachzulesen unter <http://www.american.edu/cas/faculty/vine.cfm>. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

Tomgram: David Vine, Trumping Democracy in America's Empire of Bases

Posted by David Vine
May 16, 2017.

War, American-style, in the twenty-first century hasn't exactly been a sterling success story. (How did the Brits ever manage to run that empire of theirs for so many years with such modest numbers of troops?) Take Afghanistan, for example. We now know something of Washington's latest plans for pursuing the war in that country well into its 16th year. They are, according to media reports, just landing on President Trump's desk with the enthusiastic support of his national security adviser, General H.R. McMaster, the Pentagon, the intelligence services, and General John Nicholson, the U.S. Afghan commander. Pushback seems to be coming only from the administration's Bannonite wing. Basically, those plans seem to boil down to sending in more U.S. troops and more Special Operations forces, putting them in more combat-like situations, and supporting them with more U.S. air power -- or put another way, more of exactly what there has regularly been more of for the last 15 years. Call it a mini-surge. All of this, in turn, is supposed to "break the Afghan deadlock," shift the war in the favor of the U.S.-backed government, and lead to successful peace negotiations. Oh, and it's grounded in the conviction that Afghan President Ashraf Ghani is capable of weeding corrupt and ineffective commanders out of his military.

It might cross your mind that all of the above could only have been dreamt up by "strategists" who had been on another planet for the last decade and a half. However, the generals who came up with this brilliant plan (for a president who, in 2013, tweeted, "We have wasted an enormous amount of blood and treasure in Afghanistan. Their government has zero appreciation. Let's get out!") have been deeply involved in America's wars across the Greater Middle East in those years. And since it's hard to believe that they meant to create a failing strategy, the only alternative is to assume that they've been involved in this sort of war-making for so long that they are no longer capable of imagining anything else. In other words, what we're witnessing is a brain-dead version of strategizing that will leave another set of officials in Washington wondering what to do next somewhere down the line.

In the face of such "planning," woefully typical of Washington's war on terror, it's always good to look for some bright spot and there does happen to be one area where the U.S. military remains the undisputed global champ: military bases. As TomDispatch regular David Vine has shown in his essential book, *Base Nation: How U.S. Military Bases Abroad Harm America and the World*, the U.S. garrisons the globe without competitors and in a fashion previously unimaginable. That "rising power" China, for instance, is only now building its first base outside its own territory -- in the small African country of Djibouti, just miles from a large U.S. base, leaving it approximately 799 global garrisons short of Washington. Britain and France each still have some bases, generally left over from their days of imperial glory, and the Russians also have a handful, including two particularly active ones in Syria and another, just unveiled, in its own far northern territories near the Arctic Circle. That's its second base in the melting north. About such moves, Washington is already raising the alarm. (Secretary of Defense James Mattis at his confirmation hearings typically

said, “The U.S. must ensure that Russia doesn’t expand those efforts to dominate the region.”)

Still, at the moment, the U.S. stands alone when it comes to garrisoning Planet Earth, a success story that, strangely enough, never seems to impress the mainstream media enough to consider it a subject worthy of coverage, which is why it’s so useful to have David Vine on hand at moments like this. Tom

Forty-Five Blows Against Democracy

How U.S. Military Bases Back Dictators, Autocrats, and Military Regimes

By David Vine

Much outrage has been expressed in recent weeks over President Donald Trump’s invitation for a White House visit to Rodrigo Duterte, president of the Philippines, whose “war on drugs” has led to thousands of extrajudicial killings. Criticism of Trump was especially intense given his similarly warm public support for other authoritarian rulers like Egypt’s Abdel Fatah al-Sisi (who visited the Oval Office to much praise only weeks earlier), Turkey’s Recep Tayyip Erdogan (who got a congratulatory phone call from President Trump on his recent referendum victory, granting him increasingly unchecked powers), and Thailand’s Prayuth Chan-ocha (who also received a White House invitation).

But here’s the strange thing: the critics generally ignored the far more substantial and long-standing bipartisan support U.S. presidents have offered these and dozens of other repressive regimes over the decades. After all, such autocratic countries share one striking thing in common. They are among at least 45 less-than-democratic nations and territories that today host scores of U.S. military bases, from ones the size of not-so-small American towns to tiny outposts. Together, these bases are homes to tens of thousands of U.S. troops.

To ensure basing access from Central America to Africa, Asia to the Middle East, U.S. officials have repeatedly collaborated with fiercely anti-democratic regimes and militaries implicated in torture, murder, the suppression of democratic rights, the systematic oppression of women and minorities, and numerous other human rights abuses. Forget the recent White House invitations and Trump’s public compliments. For nearly three quarters of a century, the United States has invested tens of billions of dollars in maintaining bases and troops in such repressive states. From Harry Truman and Dwight D. Eisenhower to George W. Bush and Barack Obama, Republican and Democratic administrations alike have, since World War II, regularly shown a preference for maintaining bases in undemocratic and often despotic states, including Spain under Generalissimo Francisco Franco, South Korea under Park Chung-hee, Bahrain under King Hamad bin Isa al-Khalifa, and Djibouti under four-term President Ismail Omar Guelleh, to name just four.

Many of the 45 present-day undemocratic U.S. base hosts qualify as fully “authoritarian regimes,” according to the Economist Democracy Index. In such cases, American installations and the troops stationed on them are effectively helping block the spread of democracy in countries like Cameroon, Chad, Ethiopia, Jordan, Kuwait, Niger, Oman, Qatar, Saudi Arabia, and the United Arab Emirates.

This pattern of daily support for dictatorship and repression around the world should be a national scandal in a country supposedly committed to democracy. It should trouble Americans ranging from religious conservatives and libertarians to leftists -- anyone, in fact, who believes in the democratic principles enshrined in the Constitution and the Declaration of Independence. After all, one of the long-articulated justifications for maintaining military bases abroad has been that the U.S. military’s presence protects and spreads democracy.

Far from bringing democracy to these lands, however, such bases tend to provide legitimacy for and prop up undemocratic regimes of all sorts, while often interfering with genuine efforts to encourage political and democratic reform. The silencing of the critics of human rights abuses in base hosts like Bahrain, which has violently cracked down on pro-democracy demonstrators since 2011, has left the United States complicit in these states' crimes.

During the Cold War, bases in undemocratic countries were often justified as the unfortunate but necessary consequence of confronting the "communist menace" of the Soviet Union. But here's the curious thing: in the quarter century since the Cold War ended with that empire's implosion, few of those bases have closed. Today, while a White House visit from an autocrat may generate indignation, the presence of such installations in countries run by repressive or military rulers receives little notice at all.

Befriending Dictators

The 45 nations and territories with little or no democratic rule represent more than half of the roughly 80 countries now hosting U.S. bases (who often lack the power to ask their "guests" to leave). They are part of a historically unprecedented global network of military installations the United States has built or occupied since World War II.

Today, while there are no foreign bases in the United States, there are around 800 U.S. bases in foreign countries. That number was recently even higher, but it still almost certainly represents a record for any nation or empire in history. More than 70 years after World War II and 64 years after the Korean War, there are, according to the Pentagon, 181 U.S. "base sites" in Germany, 122 in Japan, and 83 in South Korea. Hundreds more dot the planet from Aruba to Australia, Belgium to Bulgaria, Colombia to Qatar. Hundreds of thousands of U.S. troops, civilians, and family members occupy these installations. By my conservative estimate, to maintain such a level of bases and troops abroad, U.S. taxpayers spend at least \$150 billion annually -- more than the budget of any government agency except the Pentagon itself.

For decades, leaders in Washington have insisted that bases abroad spread our values and democracy -- and that may have been true to some extent in occupied Germany, Japan, and Italy after World War II. However, as base expert Catherine Lutz suggests, the subsequent historical record shows that "gaining and maintaining access for U.S. bases has often involved close collaboration with despotic governments."

The bases in the countries whose leaders President Trump has recently lauded illustrate the broader pattern. The United States has maintained military facilities in the Philippines almost continuously since seizing that archipelago from Spain in 1898. It only granted the colony independence in 1946, conditioned on the local government's agreement that the U.S. would retain access to more than a dozen installations there.

After independence, a succession of U.S. administrations supported two decades of Ferdinand Marcos's autocratic rule, ensuring the continued use of Clark Air Base and Subic Bay Naval Base, two of the largest U.S. bases abroad. After the Filipino people finally ousted Marcos in 1986 and then made the U.S. military leave in 1991, the Pentagon quietly returned in 1996. With the help of a "visiting forces agreement" and a growing stream of military exercises and training programs, it began to set up surreptitious, small-scale bases once more. A desire to solidify this renewed base presence, while also checking Chinese influence, undoubtedly drove Trump's recent White House invitation to Duterte. It came despite the Filipino president's record of joking about rape, swearing he would be "happy to

slaughter” millions of drug addicts just as “Hitler massacred [six] million Jews,” and bragging, “I don’t care about human rights.”

In Turkey, President Erdogan’s increasingly autocratic rule is only the latest episode in a pattern of military coups and undemocratic regimes interrupting periods of democracy. U.S. bases have, however, been a constant presence in the country since 1943. They repeatedly caused controversy and sparked protest -- first throughout the 1960s and 1970s, before the Bush administration’s 2003 invasion of Iraq, and more recently after U.S. forces began using them to launch attacks in Syria.

Although Egypt has a relatively small U.S. base presence, its military has enjoyed deep and lucrative ties with the U.S. military since the signing of the Camp David Accords with Israel in 1979. After a 2013 military coup ousted a democratically elected Muslim Brotherhood government, the Obama administration took months to withhold some forms of military and economic aid, despite more than 1,300 killings by security forces and the arrest of more than 3,500 members of the Brotherhood. According to Human Rights Watch, “Little was said about ongoing abuses,” which have continued to this day.

In Thailand, the U.S. has maintained deep connections with the Thai military, which has carried out 12 coups since 1932. Both countries have been able to deny that they have a basing relationship of any sort, thanks to a rental agreement between a private contractor and U.S. forces at Thailand’s Utapao Naval Air Base. “Because of [contractor] Delta Golf Global,” writes journalist Robert Kaplan, “the U.S. military was here, but it was not here. After all, the Thais did no business with the U.S. Air Force. They dealt only with a private contractor.”

Elsewhere, the record is similar. In monarchical Bahrain, which has had a U.S. military presence since 1949 and now hosts the Navy’s 5th Fleet, the Obama administration offered only the most tepid criticism of the government despite an ongoing, often violent crackdown on pro-democracy protesters. According to Human Rights Watch and others (including an independent commission of inquiry appointed by the Bahraini king, Hamad bin Isa al-Khalifa), the government has been responsible for widespread abuses including the arbitrary arrest of protesters, ill treatment during detention, torture-related deaths, and growing restrictions on freedoms of speech, association, and assembly. The Trump administration has already signaled its desire to protect the military-to-military ties of the two countries by approving a sale of F-16 fighters to Bahrain without demanding improvements in its human rights record.

And that’s typical of what base expert Chalmers Johnson once called the American “base-world.” Research by political scientist Kent Calder confirms what’s come to be known as the “dictatorship hypothesis”: “The United States tends to support dictators [and other undemocratic regimes] in nations where it enjoys basing facilities.” Another large-scale study similarly shows that autocratic states have been “consistently attractive” as base sites. “Due to the unpredictability of elections,” it added bluntly, democratic states prove “less attractive in terms [of] sustainability and duration.”

Even within what are technically U.S. borders, democratic rule has regularly proved “less attractive” than preserving colonialism into the twenty-first century. The presence of scores of bases in Puerto Rico and the Pacific island of Guam has been a major motivation for keeping these and other U.S. “territories” -- American Samoa, the Northern Mariana Islands, and the U.S. Virgin Islands -- in varying degrees of colonial subordination. Conveniently for military leaders, they have neither full independence nor the full democratic rights that would come with incorporation into the U.S. as states, including voting representation

in Congress and the presidential vote. Installations in at least five of Europe's remaining colonies have proven equally attractive, as has the base that U.S. troops have forcibly occupied in Guantánamo Bay, Cuba, since shortly after the Spanish-American War of 1898.

Backing Dictators

Authoritarian rulers tend to be well aware of the desire of U.S. officials to maintain the status quo when it comes to bases. As a result, they often capitalize on a base presence to extract benefits or help ensure their own political survival.

The Philippines' Marcos, former South Korean dictator Syngman Rhee, and more recently Djibouti's Ismail Omar Guelleh have been typical in the way they used bases to extract economic assistance from Washington, which they then lavished on political allies to shore up their power. Others have relied on such bases to bolster their international prestige and legitimacy or to justify violence against domestic political opponents. After the 1980 Kwangju massacre in which the South Korean government killed hundreds, if not thousands, of pro-democracy demonstrators, strongman General Chun Doo-hwan explicitly cited the presence of U.S. bases and troops to suggest that his actions enjoyed Washington's support. Whether or not that was true is still a matter of historical debate. What's clear, however, is that American leaders have regularly muted their criticism of repressive regimes lest they imperil bases in these countries. In addition, such a presence tends to strengthen military, rather than civilian, institutions in countries because of the military-to-military ties, arms sales, and training missions that generally accompany basing agreements.

Meanwhile, opponents of repressive regimes often use the bases as a tool to rally nationalist sentiment, anger, and protest against both ruling elites and the United States. That, in turn, tends to fuel fears in Washington that a transition to democracy might lead to base eviction, often leading to a doubling down on support for undemocratic rulers. The result can be an escalating cycle of opposition and U.S.-backed repression.

Blowback

While some defend the presence of bases in undemocratic countries as necessary to deter "bad actors" and support "U.S. interests" (primarily corporate ones), backing dictators and autocrats frequently leads to harm not just for the citizens of host nations but for U.S. citizens as well. The base build-up in the Middle East has proven the most prominent example of this. Since the Soviet invasion of Afghanistan and the Iranian Revolution, which both unfolded in 1979, the Pentagon has built up scores of bases across the Middle East at a cost of tens of billions of taxpayer dollars. According to former West Point professor Bradley Bowman, such bases and the troops that go with them have been a "major catalyst for anti-Americanism and radicalization." Research has similarly revealed a correlation between the bases and al-Qaeda recruitment.

Most catastrophically, outposts in Saudi Arabia, Iraq, and Afghanistan have helped generate and fuel the radical militancy that has spread throughout the Greater Middle East and led to terrorist attacks in Europe and the United States. The presence of such bases and troops in Muslim holy lands was, after all, a major recruiting tool for al-Qaeda and part of Osama bin Laden's professed motivation for the 9/11 attacks.

With the Trump administration seeking to entrench its renewed base presence in the Philippines and the president commending Duterte and similarly authoritarian leaders in Bahrain and Egypt, Turkey and Thailand, human rights violations are likely to escalate, fueling unknown brutality and baseworld blowback for years to come.

David Vine, a TomDispatch regular, is associate professor of anthropology at American University in Washington, D.C. His latest book is Base Nation: How U.S. Military Bases Abroad Harm America and the World (the American Empire Project, Metropolitan Books). He has written for the New York Times, the Washington Post, the Guardian, and Mother Jones, among other publications. For more information, visit www.basenation.us and www.davidvine.net.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern